

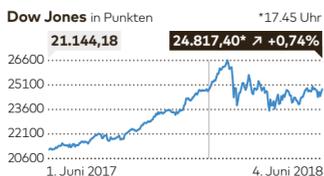
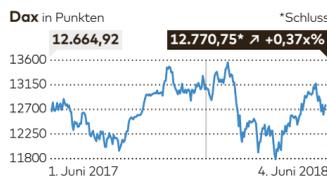
Xetra-Kurse (Schluss)

Adidas: 195,05 (+ 0,98%)
Allianz: 180,90 (+ 0,69%)
BASF: 85,02 (+ 0,11%)
Bayer: 102,72 (- 0,62%)
Beiersdorf: 98,40 (+ 0,37%)
BMW: 86,20 (+ 0,37%)

Commerzbank: 9,21 (+ 0,47%)
Continental: 218,90 (+ 0,18%)
Covestro: 79,32 (+ 0,41%)
Daimler: 62,16 (+ 0,21%)
Dt. Bank: 9,53 (+ 1,32%)
Dt. Börse: 117,00 (+ 1,92%)
Dt. Post: 33,22 (+ 0,73%)
Dt. Lufthansa: 23,93 (+ 2,13%)

Dt. Telekom: 13,33 (+ 0,76%)
Eon: 9,04 (+ 0,33%)
FMC: 85,28 (+ 0,47%)
Fresenius: 66,28 (+ 0,09%)
HeidelCement: 77,64 (+ 0,83%)
Henkel Vz.: 105,55 (+ 0,52%)
Infineon: 23,74 (+ 0,55%)
Linde: 199,10 (+ 0,40%)

Merck: 85,06 (- 3,73%)
Munich Re: 181,70 (+ 0,47%)
RWE: 19,62 (+ 2,05%)
SAP: 97,79 (+ 0,47%)
Siemens: 113,14 (+ 0,12%)
ThyssenKrupp: 22,97 (- 0,65%)
Vonovia: 40,51 (+ 1,53%)
VW Vz.: 162,20 (+ 0,04%)



Zinsen in Prozent	04.06.	01.06.
Bund 10 Jahre	0,416	0,377
Bund-Future	160,86	161,39
1-Monats-Euribor	-	-0,371
3-Monats-Euribor	-	-0,321
Treasuries 10 Jahre	2,917	2,895
Treasuries 30 Jahre	3,062	3,047

KOMPAKT

UNICREDIT

Fusion mit Großbank wird durchgespielt

Italiens größte Bank UniCredit spielt einem Zeitungsbericht zufolge eine Fusion mit dem französischen Konkurrenten Société Générale durch. UniCredit-Chef Jean-Pierre Mustier beschäftigt sich seit mehreren Monaten mit der Idee, berichtete die „Financial Times“. Obwohl es keine formale Anfrage gebe, seien auch einige Manager bei SocGen mit der Möglichkeit befasst. Die Pläne seien aber noch in einer frühen Phase. Mustier ist Franzose und kennt den Rivalen gut, weil er früher das Investmentbanking der SocGen geleitet hat.

BARGELDBESCHRÄNKUNGEN

Griechen dürfen nun 5000 Euro abheben

Die griechische Regierung hat die Beschränkungen für Bargeldabhebungen weiter gelockert. Ab Montag können Bürger monatlich bis zu 5000 Euro von jedem ihrer Konten abheben. Bislang lag die Obergrenze bei 2300 Euro pro Monat. Auch der Bargeldbetrag, den griechische Bürger bei jeder Auslandsreise mitführen dürfen, ist von 2300 auf 3000 Euro erhöht worden, wie das Finanzministerium in Athen mitteilte. Die Regierung hatte die Beschränkungen während der Schuldenkrise im Juli 2015 eingeführt, um die Kapitalflucht aus dem Land einzudämmen. Es ist die dritte Lockerung seit Inkrafttreten der Kapitalverkehrskontrollen.

CONCARDIS

Dänen greifen nach Zahlungsabwickler

Der dänische Zahlungsverkehrsspezialist Nets übernimmt den deutschen Kartenzahlungs-Dienstleister Concardis. Wie beide Unternehmen mitteilen, entsteht dadurch ein europäischer Branchenrieser mit einem Umsatz von rund 1,3 Milliarden Euro und einem operativen Gewinn von rund 500 Millionen Euro. Die Übernahme erfolge per Aktientausch. Nets ist bislang mit 2400 Mitarbeitern in Dänemark, weiteren skandinavischen Ländern und Estland aktiv, Concardis beschäftigt etwa 1000 Menschen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Südosteuropa.

COMMONWEALTH BANK

Institut zahlt Strafe in Millionenhöhe

Australiens größtes Finanzinstitut, die Commonwealth Bank, hat einer Strafzahlung in Höhe von 700 Millionen Australischen Dollar (454 Millionen Euro) zugestimmt. Die Fehler seien zwar nicht absichtlich begangen worden, würden aber dennoch als ernst anerkannt, teilte Geschäftsführer Matt Comyn am Montag mit. Die Bank einigte sich mit der Finanz- und Transaktionsbehörde Austrac, weil sie gegen Maßnahmen zur Vorbeugung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung verstoßen hatte. Die Vereinbarung muss noch gerichtlich abgesegnet werden.

Qualitätstest für Druckereien



Italiens Präsident Sergio Mattarella (r.) vereidigt den neuen Superminister für Wirtschaft und Finanzen: Giovanni Tria (l.)

Tria statt Savona. Diese Personalrochade ließ beinahe einen ganzen Kontinent aufatmen. Extrem war die Erleichterung auch an den Märkten, als klar war, dass der strikte Euro-Gegner Paolo Savona nicht das so wichtige Amt des italienischen Finanz- und Wirtschaftsministers in die Hände bekam. Savona hatte die Gemeinschaftswährung einen „deutschen Käfig“ genannt. Giovanni Tria hingegen, und das hörte man in Brüssel, Berlin oder Paris viel lieber, schlug moderate Töne an. Man wolle im Euro bleiben, ließ der neue italienische Superminister direkt nach Amtsantritt verlauten.

VON HOLGER ZSCHÄPITZ

Wer sich die Vita und vor allem die Werke des 69-Jährigen jedoch anschaut, weiß aber sofort, dass auch er keinen Kuschelkurs in Sachen Euro fahren wird. Italiens neuer Wirtschafts- und Finanzminister ist Anhänger einer defizitfinanzierten Fiskalpolitik. Hohe Schulden der Vergangenheit würde er am liebsten von der Notenbank tilgen lassen, mithilfe der Geldpresse.

In gleich mehreren Aufsätzen forderte Tria eine koordinierte und vor allem kraftvolle Fiskal- und Geldpolitik auf europäischer Ebene. Bisherige Initiativen würden nicht ausreichen, um die Euro-Krise endgültig abzuhaken. Der Juncker-Plan zur Ankurbelung der Investitionen sei viel zu klein. Hier müsse ein stärkerer Konjunkturimpuls her. Und auch die Geldpolitik müsse stärker helfen. Bei den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) müsse man

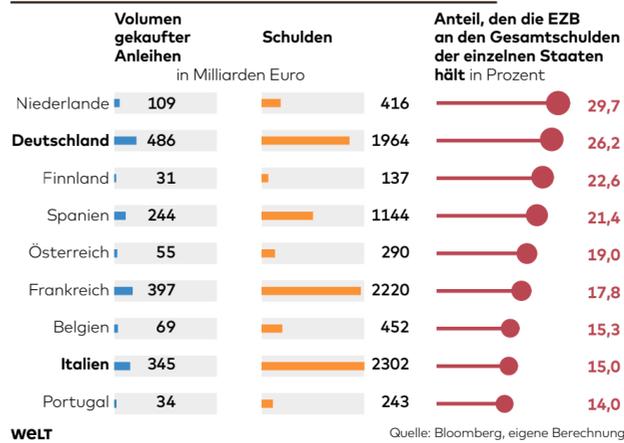
überlegen, ob die aufgekauften Schuldtitel den Staaten nicht komplett erlassen werden können. Anfangen könne man schon mal mit Anleihen, die zur Finanzierung von Investitionen von den europäischen Ländern herausgegeben werden, schreibt Tria. Der bisherige Kurs, durch Sparen und Maßhalten wieder zu soliden Staatsfinanzen zu kommen, habe nicht funktioniert. „Wir müssen das Tabu der Schuldenmonetarisation durch die Notenbank überdenken, um den Euro zu retten“, ist sogar einer seiner Aufsätze überschrieben.

Unter Experten ist dieses extremste aller geldpolitischen Instrumente als Helikoptergeld bekannt. Die Notenbanken drucken Geld, das sie mit Hubschraubern über der Wirtschaft oder den Regierungen abwerfen, um die Ökonomie wieder flott zu bekommen. Tria wärmt eine Idee auf, die 2016 schon einmal die Gemüter erhitzte. Als scheinbar nichts helfen wollte, um die Inflationsrate wieder nach oben zu bekommen, adelte selbst EZB-Präsident Mario Draghi das Konzept des Helikoptergeldes auf einer Pressekonferenz als „sehr interessant“. Die Regierungskoalition von rechtspopulistischer Lega und Fünf-Sterne-Bewegung in Italien hatte die Idee vom Helikoptergeld ins Spiel gebracht, als sie unter Missachtung sämtlicher europäischer Verträge in Erwägung zog, bei der EZB einen Schuldenerlass von 250 Milliarden Euro zu beantragen. Der dreiste Vorstoß wurde von den europäischen Partnern in seltener Einigkeit von Finanzministern und Währungshütern postwendend abgelehnt und tauchte im offiziellen italienischen Regierungsprogramm später

Italiens Fantasie von einem Schuldenerlass

Der neue Finanzminister Tria gilt als moderat. Dabei vertritt er radikalere Ideen, als viele wissen

EZB ist der größte Gläubiger der Euro-Staaten



An Tag eins bricht der Verkehr im Hafen von Dover zusammen

Das Brexit-Ministerium hat drei Szenarien im Fall eines „no deal“ untersucht. Die Ergebnisse sind brisant. Eines nennt sich „Armageddon“

Direkt an Tag eins des Brexit, dem 30. März 2019, bricht der Verkehr im Hafen Dover komplett zusammen. Ein paar Tage später gehen die Lebensmittel in den Supermärkten von Cornwall und Schottland aus. Krankenhäusern im ganzen Land fehlen nach spätestens zwei Wochen wichtige Medikamente, dann wird auch das Benzin auf der Insel knapp.

VON CLAUDIA WANNER
AUS LONDON

Die Szene entstammt nicht dem Drehbuch einer neuen Kampagne überzeugter Europa-Fans, die mit Untergangsszenarien ein Umdenken in letzter Minute hervorrufen wollen. Vielmehr ist sie Teil einer Analyse des Brexit-Ministeriums in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Verkehrsministerium, die die Folgen eines möglichen

Ausstiegs aus der EU ohne eine Einigung für das künftige Verhältnis untersucht, den sogenannten „No deal“.

Wohlgermerkt zeichnen die beschriebenen Effekte die mittlere von drei Varianten nach, zitiert die „Times“, der das Papier vorliegt, eine Quelle aus dem Ministerium von Brexit-Minister David Davis. Untersucht hätten die Beamten im vergangenen Monat drei Szenarien eines „No deal“, bei denen Großbritannien mit dem Brexit jeden Sonderstatus im Verhältnis zu EU verliert und der Handel nach den Regeln der Welthandelsorganisation abgewickelt würde: ein weiches Szenario, das oben beschriebene harte Szenario und eine Version, die in dem Papier als „Armageddon“ bezeichnet wurde.

So explosiv seien die Ergebnisse, dass nur eine Handvoll Minister die Papiere zur Einsicht erhalten hätten, bevor sie „in einen Safe weggeschlossen“ worden

seien. Unter anderem gehen die Autoren davon aus, dass Charterflugzeuge oder die Luftwaffe zum Einsatz gebracht werden müssten, um entlegene Regionen mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen. Die Regierung hat zwar angekündigt, dass sie im Falle eines „No deal“ die Grenzen offen lassen werde, um den Handel nicht zu beeinträchtigen. Doch eine Vielzahl von Kontrollen werden nötig werden und damit zu erheblichen Verzögerungen führen. Zudem geht die Sorge um, dass das Grenzpersonal in der EU-27 strikte Regeln anlegt und damit den Verkehr an den Grenzen weiter verzögert.

Minister und Beamte verurteilten die in Auszügen veröffentlichte Analyse als Hysterie. Er sei tief in die Brexit-Planungen eingebunden, ihm sei von derartigen Untergangsszenarien nichts bekannt, sagte Innenminister Sajid Javid. Auch Brexitler räumen jedoch die Ge-

fahren eines chaotischen Ausstiegs ohne Vereinbarung mit der EU ein. Bisher seien für diesen Fall nicht genug Vorkehrungen getroffen worden. Schatzkanzler Philip Hammond hatte im Herbst betont, dass er für solche mit hoher Wahrscheinlichkeit unnötigen Planungen kein Steuergeld ausgeben wolle, wenn es nicht absolut unvermeidbar sei.

Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen zuletzt wieder gestiegen. Nicht einmal mehr 300 Tage bleiben Großbritannien als Mitglied der Union. Seit dem letzten Treffen des Europäischen Rats im März wurden keine nennenswerten Fortschritte erzielt. In den zentralen Fragen, etwa der Grenze in Irland, einer künftigen Zollunion oder der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs, ist keine Annäherung erfolgt. Das von der Regierung angekündigte Weiß-

nicht auf. Nun könnte Italiens neuer Superminister Werbung für die Hubschrauberidee machen. „Ich stimme überein, dass die Staatsschulden derzeit die größte Gefahr für den europäischen Zusammenhalt sind“, sagt Jan Körner, Ökonom an der Universität Greifswald. Italien sei das Land, das durch die vom Euro erzeugten Zinssenkungen am meisten profitierte. „Hätte Italien die eingesparten Zinsen zur Schuldentilgung verwendet, wäre es 2012 schuldenfrei gewesen“, sagt Körner. Stattdessen stehe Italien nun vor einem riesigen Schuldenberg, weil Politiker versagten. Körner moniert, dass von europäischer Seite dem Schuldenmachen kein Einhalt geboten werde. Juncker habe sogar davor gewarnt, sich in italienische Belange einzumischen, weil man schon den Griechen in der Schuldendebatte ihre Würde geraubt hätte.

Körner sieht mit dem neuen Superminister in Italien auf Europa schwere Verteilungskonflikte zukommen. „Am Ende geht es doch offensichtlich immer wieder darum, über verkaulisierte Argumente von anderen Geld zu bekommen.“ Es müsse für jeden, der 20 Jahre lang mehr Geld ausgegeben habe, als es seinem wirtschaftlichen Potenzial entsprach, nun spürbar sein, was auf solch künstlich erzeugten Wohlstand folgt – nämlich hartes Sparen, sagt Körner.

Doch von Sparen hält Italiens Superminister nicht sehr viel. Vielmehr solle die EZB einspringen. Der üppige Geldsegen könnte zwei grundlegende Probleme der Währungsgemeinschaft auf einen Schlag lösen. Die zusätzlichen Euro, etwa investiert in die Infrastruktur, wirken wie ein Konjunkturprogramm. Trotz der höheren Ausgaben würde das kostenlose EZB-Geld weder die Verschuldung des Staates noch die der Konsumenten erhöhen. Mehr Geld dürfte auch die Inflation wiederbeleben. Die Kernrate der Teuerung, also die Inflation ohne die volatilen Energie- und Lebensmittelpreise, liegt derzeit bei gut einem Prozent, also deutlich unter dem EZB-Ziel von nahe zwei Prozent.

Den Anhängern der Entschuldung durch die Notenpresse kommt entgegen, dass die EZB bereits der größte Gläubiger der Euro-Staaten ist. Seit mehr als drei Jahren kaufen die Währungshüter Staatsanleihen. Schuldtitel von mehr als zwei Billionen Euro haben die Notenbanken in ihren Büchern, darunter Bundesanleihen im Volumen von knapp 486 Milliarden Euro, französische Titel in Höhe von fast 400 Milliarden Euro oder italienische Papiere von fast 345 Milliarden Euro. Sollte die EZB Italien diese Schulden erlassen, wäre der Stiefelstaat immerhin 15 Prozent seiner Verbindlichkeiten los.

Noch allerdings sind das bloße Gedankenspiele. Denn der EZB hat die Schuldenfinanzierung gesetzlich verboten. Und so rechnet auch kein Experte unmittelbar damit, dass die Währungshüter die Motoren anwerfen, um Geld über den Staaten niedergehen zu lassen.

Wenig überraschend, dass in dieser angespannten Situation wieder einmal die Rufe nach einer Ablösung der Premierministerin laut werden. Theresa May habe gezeigt, dass sie nicht in der Lage sei, den Brexit durchzuziehen, hat am Wochenende der Hedgefonds-Manager Crispin Odey, ein wichtiger Spender für die Konservative Partei und Financier der Leave-Kampagne, gesagt. Es sei an der Zeit, sie abzulösen und durch den Brexit-freundlichen Landwirtschaftsminister Michael Gove zu ersetzen.